

Nachrichten und Anzeiger

für Naunhof, Brandis, Borsdorf, Beucha, Trebsen und Umgebung

Anzeigenpreis: Die Gespaltene Millimeterzeile 6 Bfg., Textteil (Gespalt.) Millimeterzeile 14 Bfg. Nachlass nach feststehender Preisliste. Für Platzwünsche und bei fernmündl. Anzeigen- und Textaufgabe wird keine Gewähr für Richtigkeit übernommen. Zahlungs- und Erfüllungsort Naunhof. Druck u. Verlag: Gans & Gule, Naunhof, Markt 3, Fernruf 502. Geschäftsstelle in Brandis, Bahnhofstr. 12, Ruf 261. Anzeigenannahme bis 9 Uhr vorm.



Diese Zeitung erscheint Montags, Mittwochs, Freitags und Sonnabends nachm. 4 Uhr. Bezugspreis monatl. RM. 1,50 einschl. Austrägergebühren. Einzelnummer 10 Bfg., Sonnabds. 16 Bfg. Der Bezugspreis ist im voraus zahlbar. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Rückgabe unentgeltl. zugelandeter Schriftstücke wird keine Gewähr geleistet.

Diese Zeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Bürgermeister von Naunhof, Brandis, Borsdorf und Beucha behördlicherseits bestimmte Blatt. Es enthält auch Bekanntmachungen des Finanzamtes Grimma. Diese Zeitung ist hervorgegangen aus den 1889 gegr. „Nachrichten für Naunhof“ u. 1904 gegr. „Nachrichten und Anzeiger für Brandis, Borsdorf, Trebsen u. Umg.“

Nummer 7

Freitag, den 13. Januar 1939

50. Jahrgang

Volksnahe Verwaltung

Dr. Frid: Die Partei führt, die Verwaltung vollzieht

Reichsinnenminister Dr. Frid sprach in der Verwaltungsakademie in Hamburg über die großdeutsche Verwaltung. Einleitend gedachte er der weltbewegenden Ereignisse des Jahres 1938, wobei er betonte, daß mit der Eingliederung der heimgekehrten Gebiete in das Reich die Frage der Vereinfachung ihres Rechts mit dem des Reiches zur vordringlichen Aufgabe geworden sei.

In seinen weiteren Ausführungen legte Minister Dr. Frid dar, daß man bei der Rechtsangleichung nicht einfach das Recht der heimgekehrten Gebiete durch Reichsrecht ersetzen könne. Man habe wertvolle Normen und Einrichtungen der heimgekehrten Gebiete in das zu schaffende großdeutsche Recht übernehmen müssen. Räumlich müsse der verwaltungsmäßige Aufbau der zurückgeführten Gebiete in Angriff genommen werden. Wie Dr. Frid mitteilte, sollen in der unteren Instanz Land- und Stadtkreise gebildet werden. Die Landkreise sollen staatliche Verwaltungsbezirke und Selbstverwaltungskörperschaften, die Stadtkreise Selbstverwaltungskörperschaften werden; in den Stadtkreisen soll die staatliche Verwaltung dem Oberbürgermeister zuteilen. Mittelsstufe der Verwaltung sollen die Kreisräte werden, die ebenfalls staatliche Verwaltungsbezirke sind; ihr Führer, der Reichsstatthalter, wird mit umfassenden Zuständigkeiten und Befugnissen ausgestattet sein.

Konwendig sei, daß die Einheit der Verwaltung durch die Zusammenfassung aller Fachverwaltungen einer einzelnen Behörde besonders in der Mittelsstufe und in der unteren Stufe verwirklicht werde. Das Bedürfnis lag darin, sich im Verkehr mit der Verwaltung, einer einzigen Behörde gegenüberzustellen. Ein Behördensystem, bei dem der Gesamtbereich und die Zusammenhänge der Verwaltung übersehen, werde widerstreitende fachliche Erfordernisse miteinander in Einklang bringen und die Verwaltung nach den Bedürfnissen der Gesamtheit ausrichten. Diese Regelung würde einem unerwünschten Realismus entgegen, indem sie vermeide, daß Gegenstände an die Zentralinstanzen herangetragen würden. Jede Verlagerung von Entscheidungen in die Zentralinstanz bedeute, daß einer vollen Verwaltung Abbruch geschehe.

Dr. Frid ging dann auf die Deutsche Gemeindeordnung ein, mit der das Dritte Reich einen wichtigen Verwaltungsbereich abschließend geordnet habe. Es habe ein einheitliches Gemeindeverfassungsgesetz für die deutschen Gemeinden geschaffen, das auf dem Grundgedanken der Unbeschränktheit der Aufgaben der Gemeinde beruhe. Die Gemeindeordnung begründe die alleinige Verantwortung des Gemeindeführers, verleihe den Einwohnern des Staates auf die Gemeinden und räume der Partei einen entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der Geschichte der Gemeinden ein. In diesem Zusammenhang erwähnte der Minister das Groß-Hamburg-Gesetz. Ähnliche Fragen wie die im Groß-Hamburg-Gesetz behandelten erhoben sich bei einer anderen Großgemeinde des Großdeutschen Reiches, nämlich der Stadt Wien.

Das Recht des liberalistischen Staates habe lediglich dem

zweck diene, die Späure des Individuums, das zum Staat im Gegensatz stand und dessen Gegenspieler war, möglichst genau abzugrenzen. Das nationalsozialistische Recht dagegen sei gemeinschaftsgebunden und stütze in den Mittelpunkt des gesamten Denkens das Volk.

Der einzelne habe nur als Mitglied des Volkes Wert und Bedeutung. Er besitze nur insoweit Rechte, als deren Zustimmung vom Standpunkt der völkischen Gesamtordnung aus gerechtfertigt sei. Auch die Stellung und Bedeutung der Verwaltung und ihr Verhältnis zum Recht sei ein anderes geworden. Im Gegensatz zum liberalistischen Staat stelle der Nationalsozialismus die Verantwortlichkeit, die Eigenverantwortlichkeit und die freie, selbstherrschaftliche Initiative des Verwaltungsbeamten in den Vordergrund. Was den Verwaltungsbeamten in seiner Wirksamkeit binde und seinem Handeln Richtung und Ziel gebe, sei die nationalsozialistische Weltanschauung.

Schließlich wandte sich Reichsminister Dr. Frid der Frage Partei und Verwaltung zu, die beide dem gleichen Ziele zustreben, jedoch verschiedene Aufgaben hätten. Die Partei führe das Volk, die Verwaltung hinan.

„Man darf“, so fuhr Dr. Frid fort, „die Frage aufwerfen, ob es nicht zweckmäßig sei, die staatlichen Funktionen in vollem Umfang auf die Partei zu übertragen. Anhänger dieser Lösung haben auf die großen Vorteile hingewiesen, die eine solche Regelung mit sich bringen würde: Der Dualismus zwischen Staat und Partei werde beseitigt. Diese Überlegungen seien an einem entscheidenden Punkte vorbei: Sie verfehlten die Stellung und die Aufgaben, die der Partei im Dritten Reich nach dem Willen des Führers zuzukommen.

Wie ich bereits hervorgehoben habe, ist die Partei das Element, das das Leben der Nation bewegt. Sie führt das Volk: Sie treibt es im nationalsozialistischen Sinne und richtet es auf die Führung aus; sie formt die Menschen, die die führenden Stellen in allen öffentlichen Bereichen einnehmen sollen. Mit diesen Aufgaben würde es nicht vereinbar sein, wenn die Funktionen des Staates übernommen würden. Die umfassenden Aufgaben, die ihr dann zuzumachen wären, würden sie völlig in Anspruch nehmen. Sie würde nicht mehr Menschen führen und formen können, sondern Gesetze vollziehen. Dies würde aber das Ende der Partei als Partei und die Abkehr von allen Grundgedanken bedeuten, die die Gründung der Partei herbeigeführt, ihr Wesen bestimmt und ihre Entwicklung geleitet haben. Es bedarf keiner Ausführungen, daß das Dritte Reich sich damit das Rückgrat zerbrechen würde, und daß Gesamtansprüche solcher Art schon aus diesem Grunde nicht weiter verfolgt werden können.“

Abschließend behandelte Dr. Frid das Deutsche Beamtenrecht, das die frühere Rechtszersplitterung auf dem Gebiete des Beamtenrechts beseitigt habe. In diesem Zusammenhang stützte Minister Dr. Frid den Beamten, die wie Soldaten ihre Pflicht erfüllt haben, den Dank des Reiches ab

Empfang beim König und Kaiser

Die englischen Gäste am Pantheon und am Grabe des Unbekannten Soldaten.

Am zweiten Tage ihres Aufenthaltes in Rom wurden der englische Premierminister Chamberlain und der englische Außenminister Lord Halifax im Quirinal vom König und Kaiser Viktor Emanuel empfangen. Anschließend gab Kaiser Viktor Emanuel zu Ehren der englischen Gäste ein Essen, an dem auch der Duce und der italienische Kronprinz teilnahmen. Vor dem Empfang im Quirinal hatten die englischen Staatsmänner an den Gräbern der italienischen Könige im Pantheon und am Grabmal des Unbekannten Soldaten Kränze mit in den britischen Farben gehaltenen Schleifen niedergelegt. Am Nachmittag wurden die politischen Gespräche, die gleich nach der Ankunft der Gäste aufgenommen worden waren, fortgesetzt. Ueberall, wo die englischen Gäste erschienen, wurden sie von der Menge begeistert durch Zurufe und Sympathieausdrückungen aller Art gefeiert.

Ueber die erste politische Unterredung am Mittwoch war die folgende amtliche Verlautbarung ausgegeben worden: „Der Duce hat um 18 Uhr im Palazzo Venezia in Gegenwart des Außenministers Graf Ciano den britischen Premierminister Chamberlain und den Minister des Auswärtigen Lord Halifax empfangen. Das Gespräch hat anderthalb Stunden gedauert und wird am Donnerstag fortgesetzt.“

Bei dem am Mittwochabend vom Duce zu Ehren der englischen Gäste gegebenen Essen wurden zwischen den italienischen und englischen Regierungschefs Triumphe gewechselt. Der Duce unterstrich die Fähigkeit, die Chamberlain bei der Verwirklichung des Friedensprogramms bewiesen habe. Wörtlich fuhr er fort:

„Die unlängst in Kraft getretenen englisch-italienischen Vereinbarungen haben die Beziehungen zwischen England und Italien auf eine feste Basis gestellt und haben nicht nur die Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern auf einer neuen Verbindungsebene und im Rahmen der neuen Realität im Mittelmeer und in Afrika wiederhergestellt, sondern auch den Weg für eine Zusammenarbeit frei gemacht, von der wir wünschen, daß sie als notwendiges Element für den Frieden Europas ebenso lange wie fruchtbar sein möge.“

Der englische Premierminister betonte den Wunsch der englischen Nation, in engen freundschaftlichen und sogar in intimen Beziehungen mit einer anderen großen Nation zu bleiben. „Ich bin“, so erklärte er, „hierher gekommen mit dem Vorsatz, die Politik, die ich entschlossen verfolgte, fortzusetzen: eine Politik der Freundschaft mit allen und der Feindschaft gegen niemand, einer auf die gerechte und friedliche Lösung der internationalen Schwierigkeiten gerichteten Politik über den Verhandlungsweg.“

Chamberlain hob dann die Bedeutung des kürzlich in Kraft getretenen englisch-italienischen Abkommens hervor, demzufolge bereits ein Austausch militärischer Informationen begonnen habe, und unterstrich die für beide Seiten vitale Wichtigkeit der Verlage im Mittelmeer, die keinerlei Konfliktgrund mit sich brächten.

Italien: Frieden der Gerechtigkeit

In arduer Aufmachung berichten die italienischen Zeitungen über jede Einzelheit des Besuchs der englischen Gäste in der ewigen Stadt. In den Kommentaren werden vor allem Mussolinis Worte vom „Frieden der Gerechtigkeit“ und Chamberlains Anerkennung der „neuen Macht, Stellung Italiens“ unterstrichen. Bei der Wiedergabe des Ausdrucks findet die im Wortlaut veröffentlichte Verlautbarung der Deutschen Diplomatischen Politischen Informations uneingeschränkte Zustimmung. Man könne, so erklärt „Corriere della Sera“, in den Trinksprüchen den Vorschlag für die Zusammenarbeit auf der Ebene des allgemeinen Friedens und der gegenseitigen imperialen Interessen erblicken. Aber das Wort vom allgemeinen Frieden

Eine holländische Warnung

„Das Maß der lässlichen Fehle und Provokationen gegen Deutschland ist voll.“

Das holländische nationale „Dagblad“ beschäftigt sich mit den Anschlüssen auf das Gebäude der deutschen Gesandtschaft in Haag und auf die Wohnung des Konsulatskanzlers in Amsterdam. Das Blatt sagt, daß internationale Judentum habe anscheinend keine Zentrale nach Amsterdam verlegt. Glücklicherweise habe die Dege diesmal kein Menschenopfer gefordert, aber trotzdem beziehe die Regierung noch immer nicht, daß die Propaganda gegen Deutschland schließlich zu einem ebenso traurigen Drama wie in Paris führen konnte. Ein großer Teil der niederländischen Presse scheint auch diesmal nicht aus den Tatsachen gelernt zu haben.

Nach die Morgenblätter hätten tendenziöse Berichte veröffentlicht, durch die der Eindruck habe erweckt werden sollen, daß keinerlei wirtschaftliche Schiffe gefallen seien. Das Maß an Fehle und Provokationen gegen Deutschland sei nun voll. Die letzten Ereignisse hätten es zum Überlaufen gebracht.

Der Entschluß des Ministerpräsidenten, die niederländischen Chefredakteure in einer vertraulichen Presskonferenz zu ermahnen, eine korrekte Haltung Deutschland gegenüber einzunehmen, scheint daher keineswegs überflüssig gewesen zu sein, doch habe er leider wenig Erfolg erzielt. Der Strom von Fehle und Mißgunst, den täglich die niederländische Presse gegen Deutschland ausstößt, sei die mittlere Ursache der letzten Geschehnisse in Amsterdam und in Haag.

„Blöbliche Angriffe“ als Vorwand

Ueber eine halbe Milliarde Dollar für die amerikanische Aufrüstung

Die Aufrüstungsbotschaft Roosevelts, deren immer wieder verzögerte Veröffentlichung bereits Anlaß zu zahlreichen Erörterungen und Vermutungen gegeben hatte, wurde jetzt endlich bekanntgegeben und dem Bundeskongress zugeleitet.

Die Botschaft, die den wenig befangenden Titel „Sonderbotschaft zur Stärkung der Wehrebereitschaft“ führt, fordert die Bewilligung der gewaltigen Summe von 525 Millionen Dollar zur Verstärkung der amerikanischen Wehrmacht auf allen Gebieten. Als sehr überzeugender Vorwand für diese riesige Aufrüstung wird in den Einleitungsworten Roosevelts angegeben, „es müsse Vorseorge getroffen werden, um die strategischen Punkte Amerikas gegen plötzliche Angriffe verteidigen zu können“. (1)

Im einzelnen sollen von den geforderten 525 Millionen Dollar Rüstungskrediten 210 Millionen schon vor Ende des am 30. Juni 1940 ablaufenden Haushaltsjahres ausgegeben werden. Von dem Gesamtbetrag von 525 Millionen benötigt die Armee 450 und die Kriegsmarine 65 Millionen, während für die Ausbildung von Fliegern 10 Millionen aufgewendet werden sollen. Von den genannten 450 Millionen Dollar sol-

len 300 Millionen den Ankauf von wenigstens 3000 Flugzeugen für das Heer ermdöglichen.

Diese zusätzlichen 3000 Flugzeuge seien, so heißt es in der Botschaft, „zur Verstärkung der Luftverteidigung auf dem amerikanischen Kontinent, in Alaska, auf Hawaii und Porto Rico sowie in der Kanalarzone.“

Die danach für die Armee verbleibenden 150 Millionen Dollar sollen wie folgt verteilt werden: 110 Millionen Dollar für sogen. „kritische Materialien“, die im Kriegsfall sofort in größeren Mengen benötigt werden, wie beispielsweise Panzerartillerie, halbautomatische Gewehre, Panzerabwehrkanonen, Panzerwagen, leichte und schwere Artillerie, Munition und Gasmaske. Weitere 32 Millionen Dollar sollen für „Trainingsaufträge“ Verwendung finden, um die Privatindustrie auf die Massenproduktion für den Kriegsfall vorzubereiten. Der Rest soll dazu benutzt werden, um die Rüstungsverteilung von Panama, Hawaii und Kontinentalamerika zu verstärken. Hierzu gehört auch der Bau einer strategischen Autostraße außerhalb der Grenzen der Kanalarzone.

Von den 65 Millionen für die Kriegsmarine sollen 44 Millionen zur Verstärkung der Flottenstationen beider Ozeane verwendet werden. Ferner sind 21 Millionen für Marineflugzeuge und Flugzeug-Verfuchsbungen vorgesehen.



Neujahrsempfang des Diplomatischen Korps.

Der päpstliche Nuntius Ronfigaro Orsenigo entbietet als Doyen des Diplomatischen Korps im Großen Empfangssaal der neuen Reichskanzlei dem Führer die Neujahrsglückwünsche. Neben dem Führer Reichsaußenminister von Ribbentrop und Reichsminister Dr. Sommer.

(Stefan-Hoffmann-Bagenborg 37)